

Niederschrift

über die Sitzung der Bezirksvertretung 2 - Süd

am 14.03.2012

**um 17:30 Uhr bis 20:15 Uhr in Remscheid, Engelbertstraße 1, Heinrich-Neumann-
Schule - Städtische Förderschule und Schule f. Kranke**

Anwesend sind:

Bezirksbürgermeister

Herr Wilhelm Korff

Stellv. Bezirksbürgermeister

Herr Hans H. Rehbein

Bezirksvertreterin

Frau Margot Halbach

Frau Filomena Merten

Bezirksvertreter

Herr Stefan Grote

Herr Dierk Martz

Herr Harald Mohr

Herr Paul Uwe Schabla

Herr Bernd F. W. Störmer

Herr Klaus Wetzel

Herr Hans Herbert Wilke

bis 20:10 Uhr - TOP 6.5 (nichtöffentlich)

Ratsmitglied

Herr Thomas Kase

Frau Elfriede Korff

Frau Elke Rühl

vom Seniorenbeirat

Herr Dieter Janke

Zuhörer

Herr Friedhelm Reska

Frau Wieden

Architekturbüro Edelhoff + Reska

Ev. Alten- und Krankenhilfe e.V.

von der Verwaltung

Herr Dr. Christian Henkelmann

Herr Heinrich Ammelt

Herr Wilfried Freudenstein

Herr Gerald Hein

Herr Wolfgang Putz

Frau Sabine Strüwe Rosenbaum

Herr Heiko Susic

Frau Karen Susic

Dezernat 3.00 - Bauen, Landschaftspflege
und Kultur

Zentraldienst 0.12 - Stadtentwicklung und
Wirtschaft

Fachdienst 3.63 - Bauordnung und Bauleit-
planung

Fachdienst 3.66 - Straßen- und Brückenbau

Fachdienst 1.31 - Umwelt

Fachdienst 3.63 - Bauordnung und Bauleit-
planung

Fachdienst 1.32 - Bürger, Sicherheit und
Ordnung

Fachdienst 2.40 - Schule und Bildung

Schriftführer

Herr Hans-Ulrich Dattner

Tagesordnung

- 1 Änderung / Erweiterung der Tagesordnung
- 2 Niederschrift über die Sitzung vom 11.01.2012
- 3 Fragestunde für Einwohner
- 4 Seniorenpflegezentrum Hohenhagen
- Mdl. Bericht der Ev. Alten- und Krankenhilfe e.V.
- 5 Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 6 Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 6.1 Grüngestaltung des Eckgrundstücks Ueberfelder Straße / Aufm Heidchen durch die Fa. Gartencenter Kremer
- 7 Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 8 Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 9 Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 10 Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 10.1 Bauvorhaben auf dem Gelände des Sana-Klinikums an der Burger Straße
- Anfrage Herr Wilke
- 10.2 Findlinge auf dem Gehweg an der Burger Straße, Höhe Haus Nr. 118 hier: Erweiterung des vorhandenen Parkstreifens
- Anfrage Herr Grote
- 10.3 Vermarktung des städtischen Grundstücks Ueberfelder Straße / Ecke Aufm Heidchen
- Anfrage Herr Grote
- 10.4 Steine werfende Kinder auf dem Schulhof der GGS Dörpfeld
- Anfrage Herr Wetzel
- 10.5 Entfernung von Baumkronen im Wald unterhalb der Erich-Thienes-Straße
- Anfrage Herr Wetzel
- 10.6 Renovierter wie auch leer stehender Wohnraum im Häuserbestand im Gebiet Mixsiepen
- Anfrage Herr Wetzel

- 10.7** Zukunft des Stadtteilbüros Rosenhügel
- Anfrage Herr Wetzel
- 10.8** Verkehrliche Anbindung des an der Burger Straße zwischen den Häusern Nr. 37 und Nr. 25 gelegenen Grundstücks mit aufstehender Tankstelle
- Anfrage Herr Störmer
- 10.9** Zeitliche Befristung des Parkens auf dem Parkstreifen an der Burger Straße, Höhe Einmündung Bliedinghauser Straße
- Anfrage Herr Störmer
- 10.10** Verkehrliche Anbindung des Grundstücks Burger Straße 19, Standort der Filiale der Bäckerei Evertzberg
- Anfrage Frau Rühl
- 10.11** Reinigung des Geländes im Bereich der Event-Arena
- Anfrage Herr Schabla
- 10.12** Müllaufkommen an der Presover Straße (in Höhe Öhrchen)
- Anfrage Herr Korff
- 11** 14/1667 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Remscheid-Hohenhagen
Stand der Entwicklung
- 12** 14/1722 Bebauungsplan Nr. 599 - Gebiet Lenneper Straße, Mixsiepen - Teilaufhebung
1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes (§ 2 Abs. 1 BauGB)
2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)
- 13** 14/1731 Bebauungsplan Nr. 646 - Gebiet: Johann-Vaillant-Platz
1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans (§ 2 Abs. 1 BauGB)
2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)
- 14** 14/1528 Bebauungsplan Nr. 647 - Gebiet Berghauser Straße, Engelbertstraße
1. Einleitung des Bebauungsplanverfahrens
2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)
- 15** 14/1331 Designer-Outlet-Center (DOC) Blume
Außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 300.000,--Euro - NEIN
- Antrag der W.i.R.-Fraktion
- 16** 14/1654 Weiteren Betrieb der Autobahnraststätten Remscheid Ost und Remscheid West gewährleisten
- Antrag der CDU-Fraktion
- 17** 14/1758 Lärmaktionsplan für die Lenneper Straße im Abschnitt zwischen dem Johann-Vaillant-Platz und dem Abzweig Intzestraße

- 18** Parkende LKW auf den Gehwegen an der Hügelstraße und der Rosenhugeler Straße
- 18.1** 14/1754 Parkende LKW auf den Gehwegen an der Hügelstraße und der Rosenhugeler Straße
- 18.2** 14/1752 Anfrage des Burgervers eins Rosenhügel e.V. vom 26.01.2012
- 19** 14/1571 Anfrage zu stationären Radargeschwindigkeitsmessanlagen
- 20** 14/1160 Auflösung der städtischen Gemeinschaftshauptschule Rosenhügel, Ewaldstrae 8, 42859 Remscheid, schrittweise ab dem Schuljahr 2012/2013 (01.08.2012)
- 21** 14/1761 Schulgebäude Bokerhohe
Teilweise Freigabe des Schulhofes zum "kontrollierten" Parken
- 22** 14/1565 Umwidmung der Diskothek am Hauptbahnhof in eine Veranstaltungshalle
- Anfrage von Herrn Bernd Störmer / der W.i.R.-Fraktion im Rat der Stadt vom 05.01.2012
- 23** 14/1727 BP 635 Gebiet: Ziegelstraße
(vereinfachtes Verfahren)
1. Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß §§ 3 und 13 BauGB
2. Verzicht auf frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß §§ 4 und 13 BauGB
3. Aufstellungsbeschluss gemäß §§ 2 (1) und 13 (1) BauGB
4. Offenlagebeschluss gemäß §§ 3 und 13 BauGB
- 24** 14/1739 Verwendung der Nahverkehrspauschale
- 25** Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. §§ 60 Abs. 1 und 36 Abs. 5 GO NRW
- 25.1** 14/1679 Barrierefreier Umbau der Haltestelle Sana-Klinikum
- 26** 14/1778 Frostschadensbericht 2012
Verwendung der Mittel für die Straßenunterhaltung 2012 / Rückstellungen

1. Änderung / Erweiterung der Tagesordnung

Der Bezirksvertretung liegen per Nachtrag zugestellt die zu TOP 17 angekündigte Drucksache 14/1758 vom 27.02.2012, die zu TOP 21 angekündigte Drucksache 14/1761 vom 01.03.2012 sowie die Drucksache 14/1778 vom 06.03.2012 zur Beratung vor.

Herr Störmer zieht den Antrag der W.i.R.-Fraktion vom 04.11.2011 mit dem Titel „Designer-Outlet-Center (DOC) Blume – Außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 300.00,-- Euro – NEIN“ (TOP 15) sowie seine Anfrage vom 05.01.2012 mit dem Titel „Umwidmung der Diskothek am Hauptbahnhof in eine Veranstaltungshalle“ (TOP 22) zurück.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um den Punkt

- 14/1778
Frostschadensbericht 2012
Verwendung der Mittel für die Straßenunterhaltung 2012 / Rückstellungen

erweitert.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 11.01.2012

Ergänzungsbeschlüsse werden nicht gefasst.

3. Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnern liegen nicht vor.

4. Seniorenpflegezentrum Hohenhagen - Mdl. Bericht der Ev. Alten- und Krankenhilfe e.V.

Auf Bitten der Bezirksvertretung stellt Frau Wieden vom Verein Evangelische Alten- und Krankenhilfe Remscheid e.V. (EAK RS) das Bauvorhaben zur Errichtung eines Pflegeheimes im Neubaugebiet Hohenhagen noch einmal vor und geht auf einzelne Details dieses Projektes näher ein.

Auf Nachfrage bestätigt Frau Wieden, dass sich an dem Konzept des Pflegeheimes, wie es der Bezirksvertretung in früherer Sitzung vorgestellt worden sei, nichts geändert habe. An dieser Stelle betont Frau Wieden allerdings ausdrücklich, dass sie mit ihren Ausführungen ausschließlich das von der EAK RS getragene Projekt (Haus I) anspreche. Über die in der Verantwortung Dritter liegenden Vorhaben der Häuser II und III könne sie keine abschließenden Aussagen treffen.

Herr Wilke stellt daraufhin den Antrag, die Aussprache an dieser Stelle abubrechen und die Evangelische Alten- und Krankenhilfe Remscheid e.V. um eine ausführliche und auf alle Detailfragen eingehende Berichterstattung zu dem Projekt des Seniorenpflegezentrums Hohenhagen in seiner Gesamtheit (Häuser I bis III) zu bitten.

Herr Wetzel beantragt, die Beratung in nicht öffentlicher Sitzung fortzusetzen, um sich von Frau Wieden erklären zu lassen, warum das ursprünglich von der EAK RS in seiner Gesamtheit geplante Projekt eines Seniorenpflegezentrums auf dem Hohenhagen im Zuge des weiteren Planungsprozesses aufgeteilt und anschließend teilweise an einen Investor weiter veräußert worden ist.

Frau Wieden stellt hierzu fest, dass Sie sich außer Stande sehe, zu diesem von Herrn Wetzel angesprochenen Fragenkomplex ohne entsprechende Vorbereitung hier und jetzt Stellung zu nehmen und die nachgefragten Auskünfte zu erteilen.

Auf Befragen von Herrn Korff bestätigt Herr Reska vom Architekturbüro Edelhoff + Reska, dass das von der EAK RS beauftragte Architekturbüro Edelhoff + Reska nur für das Objekt des Pflegeheimes mit verantwortlich zeichne. Daher könne er zu den genannten Häusern II und III auch keine Angaben machen.

Herr Korff schlägt daraufhin vor, dem Antrag von Herrn Wilke zu folgen und die in Rede stehende Thematik in der folgenden, eventuell auch in einer gesondert einzuberufenden Sitzung der Bezirksvertretung erneut zur Beratung zu stellen und – auf der Grundlage einer ausführlichen und auf alle Detailfragen eingehenden Berichterstattung der Evangelischen Alten- und Krankenhilfe Remscheid e.V. zu dem Projekt des Seniorenpflegezentrums Hohenhagen in seiner Gesamtheit – noch einmal in allen Einzelheiten vertiefend zu erörtern. Soweit hierbei schützenswerte Interessen Dritter berührt werden sollten, werde man diese Beratung – so der ergänzende Hinweis von Herrn Korff – unter Ausschluss der Öffentlichkeit fortsetzen.

Herr Grote fasst an dieser Stelle noch einmal zusammen und macht deutlich, dass die Bezirksvertretung von der Evangelischen Alten- und Krankenhilfe Remscheid e.V. im Zuge ihrer Berichterstattung insbesondere auch umfassende Informationen zu den Projekten der Häuser II und III erwarte.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und verständigt sich einvernehmlich darauf, den hier aufgeworfenen Fragenkomplex zum Projekt des Seniorenpflegezentrums Hohenhagen in der folgenden, eventuell auch in einer gesondert einzuberufenden Sitzung der Bezirksvertretung erneut zur Beratung zu stellen und – auf der Grundlage einer ausführlichen und auf alle Detailfragen eingehenden Berichterstattung der Evangelischen Alten- und Krankenhilfe Remscheid e.V. zu dem Projekt in seiner Gesamtheit – noch einmal in allen Einzelheiten, notwendigenfalls auch unter Ausschluss der Öffentlichkeit, vertiefend zu erörtern.

5. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

Schriftliche Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gemäß Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

6. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

6.1. Grüngestaltung des Eckgrundstücks Ueberfelder Straße / Auf'm Heidchen durch die Fa. Gartencenter Kremer

Herr Dr. Henkelmann kündigt für den nicht öffentlichen Teil der Sitzung eine Berichterstattung der Verwaltung zu dem im Zusammenhang mit der kurzzeitigen Ausführung von gärtnerischen Arbeiten auf dem Eckgrundstück Ueberfelder Straße / Auf'm Heidchen aufgeworfenen Fragenkomplex an.

7. Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gemäß Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

8. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gemäß Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

9. Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

Anträge gemäß Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

10. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

10.1. Bauvorhaben auf dem Gelände des Sana-Klinikums an der Burger Straße - Anfrage Herr Wilke

Herr Wilke richtet die Frage an die Verwaltung, ob sie die Information bestätigen könne, wonach bereits seit geraumer Zeit Planungen aufgenommen worden sein sollen für ein Bauvorhaben auf dem Gelände des Sana-Klinikums an der Burger Straße.

Herr Ammelt nimmt zu der Anfrage Stellung und bestätigt, dass es zwischen dem Sana-Klinikum, der Verwaltung und einem Investor in der Vergangenheit Gespräche gegeben habe. Seit Kurzem lägen der Verwaltung nun Entwürfe für ein Bauvorhaben zur Errichtung eines Pflegeheimes vor. Nach Abschluss der zurzeit laufenden Prüfung werde die Verwaltung der Bezirksvertretung hierzu berichten.

Herr Wilke empfindet die Tatsache, dass die Verwaltung die Bezirksvertretung bis zu seiner heutigen Anfrage nicht über die hier angesprochenen Überlegungen in Kenntnis gesetzt habe, als außerordentlichen Mangel. An diesem Beispiel macht Herr Wilke noch einmal deutlich, dass es seiner Meinung nach nicht hinnehmbar sei, wenn die Bezirksvertretung von solchen Entwicklungen nicht zuerst von der Verwaltung, sondern über Dritte wie beispielsweise über die Medien Kenntnis erhalte. Deshalb ruft Herr Wilke an dieser Stelle noch einmal die zu früheren Zeiten praktizierte Informationspolitik der Verwaltung in Erinnerung und

führt aus, dass es aus seiner Sicht wünschenswert wäre, wenn die Verwaltung diese Verfahrensweise wieder aufleben lassen und die Bezirksvertretung auch schon in einem sehr frühen Stadium über solche Überlegungen und Planungen zu Bauvorhaben auf in ihrem Stadtbezirk gelegenen Grundstücken informieren würde. Dies könne wie früher auch schon praktiziert durchaus auch in nicht öffentlicher Sitzung erfolgen, um beispielsweise schützenswerte Interessen Dritter zu beachten.

Herr Korff und Herr Grote schließen sich diesen Ausführungen und dem hier zum Ausdruck gebrachten Wunsch an die Verwaltung nach einer frühzeitigen Unterrichtung der Bezirksvertretung in den hier angesprochenen Angelegenheiten ausdrücklich an.

**10.2. Findlinge auf dem Gehweg an der Burger Straße, Höhe Haus Nr. 118
hier: Erweiterung des vorhandenen Parkstreifens
- Anfrage Herr Grote**

Herr Grote empfindet die von der Verwaltung zum Schutz vor weiteren Beschädigungen der Gehwegplatten durch widerrechtlich aufparkende Fahrzeuge auf dem Gehweg an der Burger Straße niedergelegten Findlinge als eine wenig ansprechende Lösung und bittet deshalb die Verwaltung zu prüfen und darzulegen, ob es möglich ist und mit welchen Kosten es verbunden wäre, wenn man der hier offenkundig bestehenden Nachfrage nach zusätzlichem Parkraum für Fahrzeuge nachkommen und den vorhandenen Parkstreifen um weitere Stellplätze verlängern würde.

Vor dem Hintergrund, dass eine solche Maßnahme auf Grund der bekanntermaßen äußerst angespannten Haushaltslage der Stadt allein mit städtischen Mitteln auf absehbare Zeit – so seine Vermutung – wohl nicht finanziert werden könne, die Erweiterung des Parkraumangebots aber nach seiner Einschätzung durchaus zu einer Stärkung des hier angesprochenen Einzelhandelsstandortes beitragen dürfte, stellt Herr Grote die Überlegung in den Raum, ob und inwieweit die Bezirksvertretung in dieser Angelegenheit möglicherweise selbst initiativ werden und bei den hier ansässigen Einzelhändlern vielleicht ein finanzielles Engagement bewirken könnte.

**10.3. Vermarktung des städtischen Grundstücks Ueberfelder Straße / Ecke Auf'm Heidchen
- Anfrage Herr Grote**

Herr Grote bittet die Verwaltung um Auskunft, warum das an der Ueberfelder Straße / Ecke Auf'm Heidchen gelegene städtische Grundstück trotz des hier bestehenden Baurechts bisher – so sein Kenntnisstand – noch nicht veräußert worden ist.

**10.4. Steine werfende Kinder auf dem Schulhof der GGS Dörpfeld
- Anfrage Herr Wetzel**

Herr Wetzel bittet die Verwaltung um Berichterstattung, welche Schritte sie unternommen hat um zu verhindern, dass Kinder – wie von ihm in der Sitzung der Bezirksvertretung im September vergangenen Jahres auf Hinweise aus der Anwohnerschaft hin beschrieben – weiterhin vom Schulhof der GGS Dörpfeld aus Steine auf die unterhalb an der Baisieper Straße gelegenen Grundstücke werfen und hier Sachständen beispielsweise an Fahrzeugen verursachen können.

**10.5. Entfernung von Baumkronen im Wald unterhalb der Erich-Thienes-Straße
- Anfrage Herr Wetzel**

Herr Wetzel bittet die Verwaltung um Beantwortung seiner in der Sitzung der Bezirksvertretung im September vergangenen Jahres gestellten Fragen, ob die von ihm seinerzeit beobachtete Entfernung mehrerer Baumkronen in dem unterhalb der Erich-Thienes-Straße gelegenen Wald mit ihrer Genehmigung vorgenommen worden ist, warum diese Maßnahme ausgeführt wurde und ob hier entsprechende Ersatzpflanzungen gefordert worden sind.

**10.6. Renovierter wie auch leer stehender Wohnraum im Häuserbestand im Gebiet Mixsiepen
- Anfrage Herr Wetzel**

Herr Wetzel berichtet, dass die GEWAG nach seinen jüngsten Beobachtungen im Häuserbestand im Bereich Mixsiepen weitreichende Renovierungsmaßnahmen habe ausführen lassen. Gleichzeitig habe er hier aber auch in größerem Umfang leer stehenden Wohnraum angetroffen.

Vor diesem Hintergrund schlägt Herr Wetzel dem Bezirksbürgermeister vor, einen Vertreter der GEWAG zur nächsten oder auch übernächsten Sitzung der Bezirksvertretung einzuladen mit der Bitte, der Bezirksvertretung einmal Näheres über die Hintergründe der beschriebenen Entwicklung im Gebiet Mixsiepen mit Investitionen auf der einen und Leerständen auf der anderen Seite zu berichten.

Die Bezirksvertretung schließt sich dem Auskunftersuchen von Herrn Wetzel einvernehmlich an und bittet den Bezirksbürgermeister, alles Weitere zu veranlassen.

**10.7. Zukunft des Stadtteilbüros Rosenhügel
- Anfrage Herr Wetzel**

Herr Wetzel stellt die Frage in den Raum, welche unterstützenden Maßnahmen die Bezirksvertretung möglicherweise ergreifen könnte, um die Einrichtung des Stadtteilbüros Rosenhügel auch nach dem bekanntermaßen bevorstehenden Auslaufen des Programms Soziale Stadt NRW in ihrem Fortbestand zu sichern.

Herr Wilke empfiehlt, zunächst die in Kürze anstehenden Beratungen zur Aufstellung des Haushaltssanierungsplans abzuwarten und bei dieser Gelegenheit zu hinterfragen, welche Aussagen die Verwaltung hier in Bezug auf die Einrichtung des Stadtteilbüros Rosenhügel getroffen hat. In diesem Zusammenhang ruft Herr Wilke die bereits in der Vergangenheit auch vonseiten der Bezirksvertretung ins Auge gefassten Überlegungen in Erinnerung, das Angebot des Stadtteilbüros Rosenhügel im Falle einer notwendig werdenden Schließung des Standortes an der Stephanstraße in dem auf dem Gelände des ehemaligen Schulgartens der GHS Rosenhügel in der Ewaldstraße neu errichteten Spielhaus weiterzuführen.

Herr Korff unterstützt grundsätzlich die Intention, das Angebot des Stadtteilbüros nach Möglichkeit in geeigneter Form aufrecht zu erhalten und regt deshalb ergänzend hierzu an, die hier angesprochene Thematik vielleicht auch noch einmal in den Fraktionen vertiefend zu erörtern und auch auf dieser Ebene nach unterstützenden Lösungsansätzen zu suchen.

10.8. Verkehrliche Anbindung des an der Burger Straße zwischen den Häusern Nr. 37 und Nr. 25 gelegenen Grundstücks mit aufstehender Tankstelle - Anfrage Herr Störmer

Herr Störmer bittet die Verwaltung um Auskunft, wann man mit den Ausschilderungen der seinerzeit im Zuge der Beratung der Bezirksvertretung über das Bauvorhaben zur Errichtung einer Tankstelle an der Burger Straße vereinbarten Verkehrsführung auf dem Tankstellengelände (Einfahrt über die untere (südlich gelegene) und Ausfahrt über die obere (nördlich gelegene) Fahrverbindung) wie auch der zwischen Ein- und Ausfahrt vorgesehenen Haltverbotszone rechnen könne. Wie Herr Störmer hierzu weiter ausführt, habe er in jüngster Vergangenheit wiederholt beobachtet, dass zwischen Ein- und Ausfahrt vor allem an Wochenenden größere Lkws zum Parken abgestellt worden seien. Durch diese Fahrzeuge werde wiederum die Einsehbarkeit in den Verkehrsraum der Burger Straße nach links für die von dem Tankstellengelände ausfahrenden Fahrzeuge nach seiner Einschätzung doch erheblich eingeschränkt. Deshalb sei aus seiner Sicht die Einrichtung der erwähnten Haltverbotszone unverzichtbar.

Herr Wilke weist an dieser Stelle ergänzend darauf hin, dass auch die Einrichtung einer Linksabbiegespur auf der Burger Straße, die nach seiner Erinnerung ebenfalls Bestandteil des von der Verwaltung seinerzeit vorgestellten und von der Bezirksvertretung mitgetragenen Verkehrskonzepts gewesen sei und in deren Folge dann auch die besagte Haltverbotszone eingerichtet werden sollte, noch ausstehe.

Herr Hein wie auch Herr Sucic nehmen zu der Anfrage Stellung und erläutern, warum die beschriebenen Maßnahmen bisher noch nicht ausgeführt worden sind.

Herr Störmer merkt hierzu an, dass diese Ausführungen der Verwaltung seiner Meinung nach nicht der seinerzeit auch von der Bezirksvertretung mitgetragenen Intention für eine sichere verkehrliche Anbindung des in Rede stehenden Grundstücks entsprechen und hält noch einmal fest, dass er insbesondere die Einrichtung der Haltverbotszone allein schon aus dem von ihm dargelegten Grund für unverzichtbar halte.

(siehe hierzu auch Punkt 10.10)

10.9. Zeitliche Befristung des Parkens auf dem Parkstreifen an der Burger Straße, Höhe Einmündung Bliedinghauser Straße - Anfrage Herr Störmer

Herr Störmer greift die Ausführungen von Herrn Grote bezüglich einer eventuell in Betracht zu ziehenden räumlichen Verlängerung des auf der nördlichen Straßenseite der Burger Straße (Fahrtrichtung Sana-Klinikum) in Höhe Einmündung Bliedinghauser Straße gelegenen Parkstreifens auf und bittet die Verwaltung um ihre fachliche Beurteilung zu der Frage, ob das Parken auf diesem Parkstreifen eventuell mittels Parkscheibenregelung zeitlich eingeschränkt werden könnte.

Wie Herr Störmer hierzu weiter ausführt, habe er wiederholt beobachtet, dass Fahrzeuge hier über einen längeren Zeitraum zum Parken abgestellt würden, wodurch wiederum das ohnehin schon knapp bemessene Parkraumangebot für die Fahrzeuge der Kundschaft der hier ansässigen Einzelhandelsunternehmen weiter einschränkt werde.

(siehe hierzu auch Punkt 10.2)

**10.10. Verkehrliche Anbindung des Grundstücks Burger Straße 19, Standort der Filiale der Bäckerei Evertzberg
- Anfrage Frau Rühl**

Frau Rühl nimmt Bezug auf die von Herrn Störmer im Zusammenhang mit der verkehrlichen Anbindung des Tankstellengrundstücks Burger Straße 35 geschilderten Gefahrenmomente und weist auf eine aus ihre Sicht vergleichbare Gefahrensituation bei der Ein- und Ausfahrt auf das bzw. von dem Grundstück Burger Straße 19, Standort der Filiale der Bäckerei Evertzberg, hin. Frau Rühl bittet deshalb die Verwaltung darum, auch diesen Bereich mit in ihre Untersuchungen einzubeziehen und auch hier eine entsprechende Überprüfung der Verkehrssituation vorzunehmen.

Herr Korff schlägt der Verwaltung vor, die verkehrliche Anbindung der Grundstücke Burger Straße 35 (Tankstelle) und Burger Straße 19 (Bäckerei) auf Grund ihrer ähnlichen Fragestellung in der kommenden Sitzung der Verkehrsbesprechung noch einmal vertiefend zu erörtern. Zugleich bittet Herr Korff die Verwaltung, der Bezirksvertretung in ihrer nächstfolgenden Sitzung über die Ergebnisse dieser Überprüfung zu berichten.

(siehe hierzu auch Punkt 10.8)

**10.11. Reinigung des Geländes im Bereich der Event-Arena
- Anfrage Herr Schabla**

Herr Schabla kommt noch einmal zurück auf seine in früherer Sitzung der Bezirksvertretung aufgeworfene Frage nach der Zuständigkeit für die Reinigung des Geländes rund um die Event-Arena und bittet die Verwaltung um eine ergänzende Erklärung, warum beispielsweise nach der Karnevalsveranstaltung in Lennep oder auch nach der Veranstaltung des Wochenmarktes auf dem Theodor-Heuss-Platz regelmäßig eine Reinigung der Veranstaltungstätte durchgeführt werden könne, während dies nach den bisherigen Auskünften der Verwaltung für das Gelände rund um die Event-Arena nach einer größeren Veranstaltung nicht möglich sei.

**10.12. Müllaufkommen an der Presover Straße (in Höhe Öhrchen)
- Anfrage Herr Korff**

Herr Korff macht darauf aufmerksam, dass auf der an der Presover Straße aus Richtung Bismarckstraße kommend rechts (östlich) gelegenen, un bebauten Fläche, die insbesondere an den Wochenenden oftmals als Stellplatz für Sattelzüge oder auch andere Lkws genutzt werde, nach seinen Beobachtungen regelmäßig größere Mengen an Müll und sonstigem Unrat anzutreffen seien. Herr Korff bittet deshalb die Verwaltung zu prüfen, ob sie hier vielleicht einen von ihr in bestimmten Zeitintervallen zu leerenden Sammelbehälter aufstellen und die Verursacher des Müllaufkommens etwa mithilfe einer entsprechenden Beschriftung dazu auffordern könnte, ihren Müll in diesen Behälter zu entsorgen.

**11. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Remscheid-Hohenhagen
Stand der Entwicklung
Vorlage: 14/1667**

Herr Grote spricht den Hinweis der Verwaltung auf zurzeit im Raum stehende Überlegungen einer Umplanung der in vorliegendem Lageplan mit „Feld 5“ gekennzeichneten Fläche an

und gibt zu Protokoll, dass er, nachdem seine wiederholt vorgetragene Anregung, diese unbefestigte, heute bereits als provisorischer Parkplatz für Fahrzeuge der an der Sophie-Scholl-Gesamtschule Beschäftigten genutzte Freifläche mit Blick auf die wegen der ausgeschöpften Kapazitäten in dem der Schule zugeordneten Parkhaus bestehenden, großen Nachfrage nach Parkraum zu einem Waldparkplatz herzurichten, abgelehnt worden sei, darum gebeten habe, den Platz wenigstens in seinem jetzigen Zustand zu belassen, um das Abstellen besagter Fahrzeuge zum Parken auch weiterhin zu ermöglichen. Schon damals habe die Bezirksvertretung deutlich zum Ausdruck gebracht, dass eine Umplanung der in Rede stehenden Fläche auf Grund der beschriebenen Parkplatzsituation letztendlich nur dazu dienen könne, an dieser Stelle regulären, zusätzlichen Parkraum für die Fahrzeuge der an der Sophie-Scholl-Gesamtschule Beschäftigten zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund unterstreicht Herr Grote auch noch einmal seine bereits seinerzeit zu Protokoll gegebene Bitte an die Verwaltung, dass sie die Bezirksvertretung über ihre Überlegungen und Planungen zu einer zukünftigen Nutzung der in Rede stehenden Fläche unterrichten möge, bevor hier konkrete Schritte eingeleitet und entsprechende Arbeiten aufgenommen werden.

Herr Mohr bittet die Verwaltung um nähere Auskünfte zu dem zwischen der Bussonderspur zum Wohngebiet Hohenhagen und dem Verbindungsweg Wörthstraße – Hohenhagener Straße gelegenen, seit geraumer Zeit eingezäunten, größeren Eckgrundstück.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

12. Bebauungsplan Nr. 599 - Gebiet Lenneper Straße, Mixsiepen - Teilaufhebung

1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes (§ 2 Abs. 1 BauGB)

2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)

Vorlage: 14/1722

Auf Nachfrage fasst Herr Ammelt noch einmal Hintergrund und Zielsetzung des in Rede stehenden Bauleitplanverfahrens zusammen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes (§ 2 Abs. 1 BauGB)

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Aufstellung der Planung zur Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 599 – Gebiet: Lenneper Straße, Mixsiepen – wird beschlossen. Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Lageplan.

2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)

Die Bezirksvertretung 2 – Süd fasst folgenden Beschluss:

Zum Verfahren zur Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 599 – Gebiet: Lenneper Straße, Mixsiepen – wird die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung beschlossen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt gem. Ziffer 4.1 der Richtlinien der Stadt Remscheid über die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung durch Planaushang.

Der der Drucksache 14/1722 beigefügte Lageplan mit Kennzeichnung des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 599 – Gebiet Lenneper Straße, Mixsiepen – Teilaufhebung wird als **Anlage 1** zur Niederschrift genommen.

- 13. Bebauungsplan Nr. 646 - Gebiet: Johann-Vaillant-Platz**
1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans (§ 2 Abs. 1 BauGB)
2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
(§ 3 Abs. 1 BauGB)
Vorlage: 14/1731

Herr Wilke betont an dieser Stelle noch einmal, dass die CDU-Fraktion die Idee, auf dem Johann-Vaillant-Platz eine Außengastronomie zu betreiben, ausdrücklich begrüße und dieses Projekt nach wie vor unterstütze. Allerdings spreche sich die CDU-Fraktion auch weiterhin aus den von ihr bereits darlegten Gründen dagegen aus, dass die Regelungen zu Einrichtung und Betrieb einer solchen Außengastronomie über einen Bebauungsplan wie von der Verwaltung vorgeschlagen getroffen werden sollen.

Herr Wetzel legt dar, warum er sich ebenfalls gegen die Einleitung des in Rede stehenden Bauleitplanverfahrens ausspricht.

Herr Grote befürwortet im Namen von SPD-Fraktion, Frau Halbach, Herrn Martz und Herrn Störmer die Einleitung des in Rede stehenden Bauleitplanverfahrens, um auf diese Weise das Vorhaben der Außengastronomie auf dem Johann-Vaillant-Platz zu unterstützen.

Herr Korff stellt nach Aussprache die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlags der Verwaltung getrennt zur Abstimmung.

Der der Drucksache 14/1731 beigefügte Lageplan mit Kennzeichnung des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 646 – Gebiet Johann-Vaillant-Platz wird als **Anlage 2** zur Niederschrift genommen.

Beschluss: (6 Ja, 5 Nein, 0 Enthaltungen)

1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans (§ 2 Abs. 1 BauGB)

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 646 – Gebiet: Johann-Vaillant-Platz – wird beschlossen. Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Lageplan.

Beschluss: (6 Ja, 5 Nein, 0 Enthaltungen)

2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)

Die Bezirksvertretung 2 – Süd fasst folgenden Beschluss:

Zu dem Bebauungsplan Nr. 646 – Gebiet: Johann-Vaillant-Platz – wird die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung beschlossen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt gem. Ziffer 4.1 der Richtlinien der Stadt Remscheid über die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung durch Planaushang.

- 14. Bebauungsplan Nr. 647 - Gebiet Berghäuser Straße, Engelbertstraße**
1. Einleitung des Bebauungsplanverfahrens
2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
(§ 3 Abs. 1 BauGB)
Vorlage: 14/1528

Herr Korff stellt nach Aussprache Punkt 2 des Beschlussvorschlags der Verwaltung zur Abstimmung.

Der der Drucksache 14/1528 beigefügte Lageplan mit Kennzeichnung des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 647 – Gebiet: Berghäuser Straße, Engelbertstraße wird als **Anlage 3** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 1

Die Bezirksvertretung nimmt den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.01.2012 zur Einleitung des Verfahrens zum Bebauungsplan Nr. 647 – Gebiet: Berghäuser Straße, Engelbertstraße zur Kenntnis und fasst darüber hinaus folgenden

Beschluss:

2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)

Zu dem Bebauungsplan Nr. 647 – Gebiet: Berghäuser Straße, Engelbertstraße – wird die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung beschlossen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt gem. Ziffer 4.1 der Richtlinien der Stadt Remscheid über die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung durch Planaushang und Bürgerversammlung.

15. **Designer-Outlet-Center (DOC) Blume**
Außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 300.000,--Euro - NEIN
- Antrag der W.i.R.-Fraktion
Vorlage: 14/1331

(zurückgezogen !)

16. **Weiteren Betrieb der Autobahnraststätten Remscheid Ost und Remscheid West gewährleisten**
- Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: 14/1654

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

17. **Lärmaktionsplan für die Lenneper Straße im Abschnitt zwischen dem Johann-Vaillant-Platz und dem Abzweig Intzestraße**
Vorlage: 14/1758

Herr Grote verliest einen von CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Frau Halbach, Herrn Martz und Herrn Störmer gemeinsam unterzeichneten interfraktionellen Antrag, in dem die Antragsteller den vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung in allen vier Punkten ablehnen und dies im Einzelnen näher begründen.

Auf Nachfrage schließt sich Herr Wetzel diesem Antrag an.

Herr Korff stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag von CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Frau Halbach, Herrn Martz und Herrn Störmer zum Lärmaktionsplan für die Lenneper Straße im Abschnitt zwischen dem Johann-Vaillant-Platz und dem Abzweig Intzestraße vom 14.03.2012 wird als **Anlage 4** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird in allen 4 Punkten

- (dies sind: 1. Der als Anlage 1 beigefügte Lärmaktionsplan für die Lenneper Straße im Abschnitt zwischen dem Johann-Vaillant-Platz und dem Abzweig Intzestraße wird beschlossen.*
- 2. Für die Umsetzung der Maßnahmen des Lärmaktionsplanes sind gesonderte Durchführungsbeschlüsse einzuholen.*
- 3. Die unmittelbare Umsetzung der Einführung von Tempo 30 km/h für den Abschnitt der Lenneper Straße zwischen dem Johann-Vaillant-Platz*

und dem Abzweig Intzestraße (Maßnahme Nr. 1 der Anlage 2) wird abweichend von Ziffer 2 beschlossen.

4. *Die unmittelbare Durchführung der verkehrstechnischen Untersuchung für die Entlastung der Lenneper Straße (Maßnahme Nr. 2 der Anlage 2) wird abweichend von Ziffer 2 beschlossen.)*

abgelehnt.

Die Begründung ist Bestandteil des Beschlusses:

Es gibt keine aktuelle Untersuchung zur Verlagerung des Durchgangsverkehrs von der Lenneper Straße im Bereich zwischen Zentralpunkt und Intzestraße aus dem Jahre 2011. Somit gibt es auch keine verlässlichen Zahlen.

Es ist aus diesem Grund nicht erwiesen, dass durch Tempo 30 km/h die Luft- und Lärmbelastung im Bereich Zentralpunkt – Lenneper Straße – Intzestraße sinkt. Vielmehr ist mit mehr Luft- und Lärmbelastung zu rechnen, da es unzweifelhaft zu erhöhten Stauaufkommen kommen wird.

Eine verkehrstechnische Untersuchung zur Entlastung der Lenneper Straße ist zum jetzigen Zeitpunkt überflüssig. Solange die B 229 N im Bereich Ostbahnhof noch nicht gebaut ist, lehnen wir eine andere Verkehrsführung ab.

Der Schwerlastverkehr, z. B. aus der Hügelstraße kommend, muss weiterhin die Möglichkeit haben (wie in der Vergangenheit beschlossen) über die Bismarckstraße/Lenneper Straße zur Anschlussstelle Remscheid der A 1 zu fahren.

Wir erwarten von der Verwaltung die Lenneper Straße in diesem Bereich mit Flüsterasphalt zu versehen.

Die unter Pos. 3 und 4 angeführten Beschlussvorschläge sind von der Verwaltung nicht durchzuführen.

Ihr Beschlussvorschlag einer Einführung von Tempo 30 km/h auf diesem Teilstück der Lenneper Straße, dient in keiner Weise Lärmschutz und Feinstaubverringerung.

In diesem Bereich liegen die Schadstoffwerte im grünen Bereich.

18. Parkende LKW auf den Gehwegen an der Hügelstraße und der Rosenhügel Straße

**18.1. Parkende LKW auf den Gehwegen an der Hügelstraße und der Rosenhügel Straße
Vorlage: 14/1754**

(Beratung siehe TOP 18.2)

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

**18.2. Anfrage des Bürgervereins Rosenhügel e.V. vom 26.01.2012
Vorlage: 14/1752**

Herr Wilke nimmt an der Beratung nicht teil.

Herr Grote richtet die Bitte an die Verwaltung, den ruhenden Verkehr in dem hier angesprochenen Gebiet öfters zu kontrollieren.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**19. Anfrage zu stationären Radargeschwindigkeitsmessenanlagen
Vorlage: 14/1571**

Herr Wetzel bringt sein Befremden und sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass die Verwaltung entgegen der Erwartung der Bezirksvertretung zur heutigen Sitzung keine Antwort auf seine bereits zur letzten Sitzung der Bezirksvertretung schriftlich eingereichten Fragen abgegeben hat. In seinen weiteren Ausführungen äußert sich Herr Wetzel dahingehend, dass dies nicht die erste Anfrage sei, die er an die Verwaltung gerichtet habe und die bis heute unbeantwortet geblieben sei, und stellt hier einen Zusammenhang her zwischen dem Bearbeitungsstand seiner Anfragen und seiner Parteizugehörigkeit.

Herr Dr. Henkelmann nimmt zu diesen kritischen Anmerkungen ausführlich Stellung und zeigt auf, warum sich die Verwaltung oftmals nicht in der Lage sieht, Anfragen aus den politischen Gremien so zeitnah wie gewünscht zu beantworten. Hierbei weist Herr Dr. Henkelmann den Vorwurf, die Verwaltung lege ungleiche Maßstäbe an die Bearbeitung von Anfragen, mit Nachdruck zurück.

Herr Korff zeigt Verständnis für die Handlungsweise der Verwaltung und betont an dieser Stelle ausdrücklich, dass er persönlich bisher zu keinem Zeitpunkt auch nur im Ansatz Grund zu der Annahme gehabt hätte, dass die Verwaltung die Bearbeitung der an sie gerichteten Anfragen davon abhängig gemacht hätte, welcher Partei der oder die Fragesteller/in angehört. Vor diesem Hintergrund gibt Herr Korff zu Protokoll, dass er ausdrücklich darum bitte, zukünftig Äußerungen zu unterlassen, die auch nur im Entferntesten den Eindruck erwecken könnten, dass man der Verwaltung unterstelle, sie mache die Ausarbeitung ihrer Antworten auf Anfragen aus dem politischen Raum von der Parteizugehörigkeit der die Frage stellenden Person abhängig.

Diese Ausführungen von Herrn Korff finden in der Bezirksvertretung breite Zustimmung.

Die Bezirksvertretung nimmt zur Kenntnis, dass eine Antwort der Verwaltung auf die Anfrage von Herrn Wetzel zur heutigen Sitzung noch nicht vorgelegt werden konnte.

**20. Auflösung der städtischen Gemeinschaftshauptschule Rosenhügel, Ewaldstraße 8, 42859 Remscheid, schrittweise ab dem Schuljahr 2012/2013
(01.08.2012)
Vorlage: 14/1160**

Die Bezirksvertretung nimmt die Berichterstattung der Verwaltung nach Aussprache zur Kenntnis.

**21. Schulgebäude Bökerhöhe
Teilweise Freigabe des Schulhofes zum "kontrollierten" Parken
Vorlage: 14/1761**

Die Bezirksvertretung nimmt die Information der Verwaltung nach Aussprache zur Kenntnis.

**22. Umwidmung der Diskothek am Hauptbahnhof in eine Veranstaltungshalle
- Anfrage von Herrn Bernd Störmer / der W.i.R.-Fraktion im Rat der Stadt
vom 05.01.2012
Vorlage: 14/1565**

(zurückgezogen !)

**23. BP 635 Gebiet: Ziegelstraße
(vereinfachtes Verfahren)
1. Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß §§ 3 und
13 BauGB
2. Verzicht auf frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß §§ 4 und 13 BauGB
3. Aufstellungsbeschluss gemäß §§ 2 (1) und 13 (1) BauGB
4. Offenlagebeschluss gemäß §§ 3 und 13 BauGB
Vorlage: 14/1727**

Herr Korff stellt den Punkt 1 und die Punkte 2 bis 4 des Beschlussvorschlags der Verwaltung getrennt zur Abstimmung.

Der der Drucksache 14/1727 beigefügten Anlagen – dies sind die Entwurfsbegründung zum Bebauungsplan Nr. 635 Gebiet: Ziegelstraße einschl. textl. Festsetzungen, der Bebauungsplan Nr. 635, der Fluchtlinienplan Nr. 76 Nord-Östlicher Teil, der Fluchtlinienplan Nr. 76 Süd-Westlicher Teil, der Bebauungsplan Nr. 127, der Bebauungsplan Nr. 140, der Bebauungsplan Nr. 161A sowie der Bebauungsplan Nr. 474 – werden als **Anlage 5** zur Niederschrift genommen.

Beschluss: (11 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

1. Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) Nr. 1, § 13 Abs. 2 BauGB

Auf die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplan 635 wird verzichtet. Da mit der Aufstellung des Bebauungsplans 635 die Grundzüge der Planung des Fluchtlinienplans 76 und der Bebauungspläne 474, 161a, 127 und 140 nicht berührt werden und die Planung sich nicht auf das Plangebiet selbst und seine Nachbargebiete auswirkt, kann hier so verfahren werden.

Beschluss: (11 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

2. Verzicht auf frühzeitige Behörden- und Trägerbeteiligung gemäß § 4 und § 13 BauGB

Auf die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan 635 wird verzichtet. Da mit der Aufstellung des Bebauungsplans 635 die Grundzüge der Planung des Fluchtlinienplans 76 und der Bebauungspläne 474, 161a, 127 und 140 nicht berührt werden und die Planung sich nicht auf das Plangebiet selbst und seine Nachbargebiete auswirkt, kann hier so verfahren werden.

3. Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) und § 13 BauGB

Für den Bebauungsplan 635 Gebiet: Ziegelstraße wird der Aufstellungsbeschluss gefasst. Der räumliche Geltungsbereich ist aus der in der Anlage beigefügten Plangrundlage zu entnehmen.

Die Aufstellung des Bebauungsplans 635 erfolgt im vereinfachten Verfahren. Mit der Aufstellung dieses Bebauungsplans sollen folgende städtebauliche Ziele festgeschrieben werden:

Planungsrechtliche Neuregelung der Straßenbegrenzungslinien nach bereits erfolgtem Ausbau vor Ort, darüber hinaus, in geringem Umfang Festsetzung von nicht überbaubarer Wohnbauflächen zur Arrondierung des Plangebietes. Die Festsetzung erfolgen auf der rechtlichen Grundlage des rechtswirksamen FNP.

Ortsüblich bekannt gemacht werden sollen:

- Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 635 gemäß § 2 (1) BauGB,
- der Hinweis, dass der Bebauungsplan Nr. 635 gemäß § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll,
- sowie den Hinweis, wo sich die Öffentlichkeit über die Planung informieren kann und dass sie sich innerhalb einer bestimmten Frist zur Planung äußern kann.

4. Offenlagebeschluss gemäß § 3 (2) und § 13 BauGB

Der Entwurf des Bebauungsplans 635 Gebiet: Ziegelstraße wird mit der Entwurfsbegründung (siehe Anlage) für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Ortsüblich bekannt zu machen sind:

- der Offenlagebeschluss zum Bebauungsplan 635
- Ort und Dauer der Auslegung
- der Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und das nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung des Bebauungsplans unberücksichtigt bleiben können.
- und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

**24. Verwendung der Nahverkehrspauschale
Vorlage: 14/1739**

Die der Drucksache 14/1739 beigelegte Tabelle mit einer Auflistung der zur Verwendung der ÖPNV- Pauschale für das Jahr 2012 vorgesehenen Maßnahmen wird als **Anlage 6** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Die vorgesehene Verwendung der Nahverkehrspauschale für das Jahr 2012 wird gemäß beigelegter Tabelle beschlossen.

25. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. §§ 60 Abs. 1 und 36 Abs. 5 GO NRW

**25.1. Barrierefreier Umbau der Haltestelle Sana-Klinikum
Vorlage: 14/1679**

Die der Drucksache 14/1679 beigelegten Anlagen – dies sind ein Lageplan mit Kennzeichnung des Standortes der Haltestelle Sana-Klinikum in der Burger Straße sowie eine zeichnerische Darstellung der für den barrierefreien Umbau dieser Haltestelle vorgesehenen Maßnahmen – werden als **Anlage 7** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Nachfolgende Dringlichkeitsentscheidung wird genehmigt:

Gemäß § 36 Abs. 5 der Gemeindeordnung NRW wird wie folgt entschieden:

Die Haltestelle Sana-Klinikum in der Burger Straße soll in Fahrtrichtung Zentralpunkt gemäß den Anlagen barrierefrei umgebaut werden.

Remscheid, den 16.02.2012

Remscheid, den 16.02.2012

gez.
Korff
Bezirksbürgermeister

gez.
Rehbein
Mitglied der Bezirksvertretung

**26. Frostschadensbericht 2012
Verwendung der Mittel für die Straßenunterhaltung 2012 / Rückstellungen
Vorlage: 14/1778**

Herr Hein fasst die mit vorliegendem Frostschadensbericht 2012 gegebenen Informationen noch einmal zusammen.

Die Bezirksvertretung nimmt die Berichterstattung der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Korff schließt die Sitzung um 19:45 Uhr vorübergehend und leitet um 19:48 Uhr zum nichtöffentlichen Sitzungsteil über.

gez.

Wilhelm Korff
Bezirksbürgermeister

gez.

Hans-Ulrich Dattner
Geschäftsführer